

Volks-Zeitung

Der Kronrat über Fiume.

Neue Forderungen d'Annunzios. — Wachsende Anhängerzahl in der Kammer.

Besf., 24. September. (Privat.)
Das weitere Verhalten der italienischen Regierung in der Sache von Fiume wird durch den heute stattfindenden Kronrat bestimmt werden. Nach der Generalabsicht des Kronrats ist die Fiume dem Kronrat zurückzugeben. Der sozialdemokratische Parteiführer Turati hat die Teilnahme abgelehnt, da die sozialdemokratische Partei die Verantwortung für die Beschlüsse der Regierung ablehnt. Die Ablehnung des Kronrates hat ungeheures Aufsehen erregt, da man nicht einmal bei der Kriegserklärung Italiens es für nötig gehalten hatte, einen Kronrat einzuberufen.

Die Regierung einen solchen Beschluß fast, würde das Kommando d'Annunzio auch diese Orte verlassen lassen. In der Nacht kamen neue Demonstrationen an. Die gesamte Brigade Fiume ist zu d'Annunzio übergegangen. In Fiume ist ein Dampftraktor mit Lebensmitteln im Wert von über einer Million eingetroffen. Er wurde auf Befehl d'Annunzios mit dem größten Teil der Ladung wieder verladen, da die Stadt reichlich mit Lebensmitteln versorgt ist.

Bern, 23. September. (S. L. S.)
d'Annunzio beantragt in einer Rede, die er am Nationalkongress gehalten hat, außer der Stadt Fiume und deren Umgebung auch den Hafen und die Eisenbahn für Italien. Jede andere Forderung ist unannehmbar.

Serafines, 23. September.
Das südtirolische Pressebureau teilt mit, daß die Nachricht von der Besetzung der Fiume durch die Italiener hätte sich über die Frage von Fiume und das abstrakte Problem im allgemeinen geäußert, nicht den Sachverhalt entzerrt.

Aus Genf wird der „Dena“ gemeldet, daß sich in der Kammer eine ganz neue Lösungsmöglichkeit vorbereitet. Die Forderung des Fiume von Monaca seien bereits für 128 Millionen Franken abgelehnt und es werde beschloffen, das Fiume zum Fallanden für die französische Regierung zu verkaufen. In der Kammer wird die Forderung des Fiume für Donnerstag früh mit dieser Wichtigkeit, daß im Einverständnis mit England und Amerika handelt, im Zusammenhang stehen.

Die Gefangenenheimkehr bedroht.

Der Hamburger Seemannsstreik.

Hamburg, 24. September.
Die Abfertigung der deutschen Dampfer, die nach England fahren sollen, um die deutschen Arbeitergefangenen heimzuführen, wird durch die Streiklage in Frage gestellt. Die Kommandeure der Dampfer „Blanca“ erklärte gestern, daß den Streikschiffen an der Küste zu müssen. Gestern abend wurden zwei Schiffe in Hamburg abgefertigt. Die Kommandeure des Vereins Hamburger Seemannsstreik wurde morgen mit einer Botschaft nach London beauftragt.

Man hat die Gefangenen erfahren würden, welche Umstände auf dem Heimweg bedrohen, dann wären die Seeleute einer einhelligen Verurteilung fähig. Gleichwohl, welcher Art ihre Strafmaßnahme auch immer sein mögen. Wenn die Ausführenden schon aus menschlichen Gründen nicht dazu bereit sind, die Gefangenen auf dem Heimweg zu bringen, dann sollen sie wenigstens so viel politische Klugheit besitzen, um den rechtlichen und materiellen Streit nicht ein Verbrechen zu begehen.

Die Reichs-Parlamentarischen Nachrichten geben folgenden Ausblick:
Der Streik der Hafenarbeiter im Bremen ist nahezu allgemein gemeldet. Zwar hat der Transportarbeiterverband die Beteiligung am Streik abgelehnt, doch werden keine Mitglieder an der Arbeit verhindert. Auch die Fischkammerbeschäftigten streiken. Der Verkehr im Hafen muß fast völlig eingestellt sein. Im Gange heute vormittag ist eine große Demonstration der Streikenden auf dem Rathausmarkt zu erwarten. Wie aus Stettin gemeldet wird, ist dort heute morgen der Streik der Seeleute ausgebrochen.

Ein „Hausministerium“ für den Reichspräsidenten.

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung sollte heute nach der Beratung des Haushalts des Reichspräsidenten ein Ministerium für den Reichspräsidenten beschlossen werden. Der stellvertretende Vorsitzende Dr. Baumbach teilte mit, daß wohl zur allgemeinen Ueberzeugung ein Ministerium für den Reichspräsidenten notwendig sei, da die ursprünglich vereinbarten Grundlagen vollständig umstößt. Für den Reichspräsidenten wird ein Gehalt von 120 000 Mark vorgeschlagen, außerdem werden 200 000 Mark Aufwandsgehalt angefordert. Daneben soll der Reichspräsident Anspruch auf freie Dienstwohnung mit Gerätausstattung erhalten. Ein weitaus aber hat überlebt, daß der Staatspräsident ein ganzes Bureau für den Reichspräsidenten anordnet, das sich aus einem Hauptsekretär, drei Vortragenden Räten, einem hiesigen Hilfsarbeiter und zahlreichen Interpersonal zusammensetzen soll. In dem Ausschuss herrscht Einigkeit darüber, daß zu diesen neuen Forderungen erst die parlamentarische Stellung nehmen müssen. Es wurde daher beschlossen, morgen nur die Begründung des Reichspräsidenten über diese neue Forderungen zu hören, dann aber die weitere Beratung auszusetzen.

Konflikt wegen der Umsatzsteuer?

Abbruch der Ausfuhrverhandlungen.

Der 12. Ausschuss der Nationalversammlung hat heute seine Beratungen über die Umsatzsteuer. Ein Vertreter der Sozialisten beantragte Verlegung bis zur Erledigung der direkten Steuern; das Volk könnte nicht mit der Umsatzsteuer verbunden sein. Ein Vertreter der demokratischen Partei äußerte sich zu dem Antrag, daß, wenn die sozialdemokratische Partei ihren Antrag aufrechtsetzt, die deutsch-demokratische Partei es nicht als ihre Aufgabe ansehen könne, einen solchen Antrag einer Regierungspartei zu folgen. Das wäre eine parteiunabhängige und mögliche Situation. Die Regierung soll die Verlegung des Umsatzsteuergesetzes mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen auszusprechen.

Der Vertreter der Reichssozialisten hielt demgegenüber seinen Antrag aufrecht. Geheimer Regierungsrat Poppe führte aus, daß das Gesetz am 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten müsse. Ein Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärte, daß die Regierung die Verlegung des Umsatzsteuergesetzes mit dem Reichspräsidenten verhandeln sollte. Nach längerer Debatte regte ein Vertreter der Reichssozialisten an, die Sitzung abzubrechen, damit die mehrheitlich gestellte Forderung die Angelegenheit beraten könne. Dem wurde zugestimmt, nachdem noch dem Bedauern über die Verlegung von einem Vertreter der demokratischen Partei Ausdruck gegeben war. Die nächste Sitzung soll am Freitag stattfinden.

Deutschland und der Wiederaufbau.

Beschäftigungsstellen im Zerstückungsgebiet.

Berlin, 23. September.
Gestern haben die Beschäftigungsstellen der deutschen Arbeiter für den Wiederaufbau des zerstörten Gebietes begonnen. Zunächst findet eine dreitägige Reise nach dem Bergwerksbezirk statt. In den nächsten Tagen werden sich die Beschäftigungsstellen für die Wiederaufbauarbeiten auf den anderen Gebieten, und zwar je eine in der Gegend von Biele, Pommern, Solingen und Werdun.

Völkerbund und Friedensvertrag.

Der Kampf um die Ratifizierung in Amerika.

New-York, 24. September.
Die „World“ enthält einen aufsehenerregenden Artikel, in dem sie erklärt, sie würde den Friedensvertrag entschieden unterstützen, wenn nicht der Völkerbund alle Fehler des Friedensvertrages löste.

Die englischen Sozialisten gegen Lloyd George.

Nach Meldungen aus London rüdte die englische Sozialistische Partei eine Note an die Presse, in der die Beschlüsse der Parteikonferenz vom 17. September kritisiert werden. Die Note enthält folgende Punkte: Die Parteikonferenz hat die Beschlüsse der Parteikonferenz in der Richtung der Parteikonferenz bestätigt, aber die Parteikonferenz hat die Beschlüsse der Parteikonferenz nicht bestätigt. Die Parteikonferenz hat die Beschlüsse der Parteikonferenz nicht bestätigt.

Arbeitslosenemonstrationen in Loth.

Kämpfe mit bewaffneter Polizei.

Loth, 23. September.
Der „Arbeit“ meldet, daß in der letzten Nacht in Loth eine Arbeitslosenemonstration stattfand. Die Streikenden wurden angehalten, die Beschlüsse zum Stillstand gekommen. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen. Sie lösch in die Luft. Die Demonstration ging, wurden die Sicherheitsmaßnahmen von 2000 Angehörigen der Polizei durchgesetzt und mehrere Verhaftungen vorgenommen. Es entspann sich ein Kampf, in dessen Verlauf mehrere Streikenden und Polizisten zum Teil schwer verletzt wurden. Mehrere hundert Personen wurden verhaftet, der größte Teil aber wieder freigelassen.

Die Verhältnisse in den polnischen Großstädten sind katastrophal geworden.

Es gibt Hunderttausende von Arbeitslosen, die Lebensmittellieferung ist gänzlich ungenügend, dazu kommt die politische Entrechtung der Arbeiter. Auf diesem Boden findet der Kommunismus viele Anhänger.

Die Kohlennot in Wien.

Wie der Telegraphen-Union gemeldet wird, sind die Kohlenlieferungen nach Wien immer noch unzureichend, daß frühstens am kommenden Sonntag mit der Wiederaufnahme des Straßenverkehrs gerechnet werden kann. Die Entlohnung

über die künftige Kostenverteilung Wiens wird heute in Prag bei der Konferenz mit der tschechischen Regierung fallen.

Recht so!

Heute morgen gab mir die Zeitung der Demokraten aus Prag wieder, die von der Abfertigung des Oberleutnants Janek berichtet. Jetzt meldet Wolffs Bureau:

In der Presse ist in den letzten Tagen mehrfach von der Verlegung des demokratischen Partei angeordnet. Die Verlegung des demokratischen Partei ist eine politische Entscheidung, die nicht durch den Reichspräsidenten durchgesetzt werden kann. Die Verlegung des demokratischen Partei ist eine politische Entscheidung, die nicht durch den Reichspräsidenten durchgesetzt werden kann.

Die Ostdeutschen einig.

Bromberg, 23. September.

Nach mehrstündigen Verhandlungen ist heute in Bromberg die Einigung des Reichspräsidenten in den dem Friedensvertrag zufolge an Polen fallenden Gebieten abgeschlossen worden. Als die höchste Spitze des Reichspräsidenten im Reichspräsidenten ist die deutsche Zentralarbeitsgemeinschaft mit dem Sitz in Weimar, mit dem deutsch-demokratischen Abgeordneten, Reichspräsidenten Minister, Oberbürger, als Vorsitzenden, gebildet worden.

Vereitelte Bürgerwahlen.

Reudburg, 23. September. (Privat.)

Die Bürgerwahlen, die heute hier stattfinden sollten, wurden von radikalen Elementen vereitelt. Man drang in die Wahllokale ein und bedrohte die Wähler mit Unruhen und Mord. Die Wahl wurde wiederholt, eventuell unter dem Schutz der Reichswehr.

Politische Nachrichten.

Die provisorische Staatsregierung hat den Arbeiterführer Gustav Zieger in Wagberg zum Polizeipräsidenten in Wagberg ernannt.

Das Spieltheatergesetz hat den Termin der Diskussion des Gesetzes übergeben, dem Reichspräsidenten war die Festlegung dieses Termins übertragen worden. Durch eine Bekanntmachung des Reichspräsidenten ist jetzt bestimmt worden, daß das Gesetz am 1. September in Kraft tritt.

Die Verhältnisse in Halle. Die A. P. P. schreiben: Die Nachrichten aus Halle betreffen die Kommunistenverhältnisse sind sehr übertrieben. Das Verhalten eines Revolutionärs, der sich nicht mehr auf gewisse Andeutungen in kommunistischen Versammlungen berufen kann, ist ein Beweis dafür, daß die Verhältnisse in Halle nicht so schlimm sind, wie es gemeint wird.

Die Reform der Provinzialpolizei. Wie man uns schreibt, steht eine Reform der Provinzialpolizei bevor. Das ganze Gebiet des Reichspräsidenten umfasst, wird dem Reichspräsidentenministerium zugeführt, in Verbindung mit dem Ministerium des Innern. Bei den Neuerungen sollen nicht die polizeilichen Befehlsstellen in den Vordergrund gestellt werden, sondern die Re-